

StadtPost Langen, 23. Januar 2020

Neujahrsempfang der Langener UWFB

„Wer bestellt, soll auch bezahlen“

Langen (lfp) – „Das war der am besten besuchte Neujahrsempfang, soweit ich mich erinnern kann“, sagte Yvonne Hartwig erfreut nach ihrer gelungenen Feuertaufe. Die neue Vorsitzende der Unabhängigen Wählervereinigung in Langen hatte nämlich erstmals die Gäste begrüßt und eine entsprechende Rede gehalten.

„Das mit dem Begrüßen war ja kein Problem, aber vor lauter Aufregung habe ich mein vorbereitetes Redemanuskript zu Hause liegen lassen – aber ich habe ja einen großen Kopf“, scherzte Hartwig. Schnell hatte sie die Hauptpunkte wieder notiert und keiner hat was gemerkt.

Neben den eigenen Mitgliedern waren auch zahlreiche Vertreter der in Langen aktiven Parteien sowie Rudolf Schulz vom Kreisvorstand der Freien Wähler in die Stadthalle gekommen. Die „anständige Alternative“, wie sich die 2007 als Unabhängige Wählervereinigung zur Förderung der Bürgermeisterwahl (UWFB) heute auch nennt, hat sich auf höherer Ebene der Freien

Wählervereinigung angeschlossen, um mehr Verbindung über die Stadtgrenzen Langens hinaus zu haben.

Am 18. Januar 2016 wurde unter Leitung des Landesvorsitzenden der Freien Wähler Hessen, Rudolf Schulz, die Ortsvereinigung der Freien Wähler in Langen gegründet. Damit war die Langener Ortsvereinigung die erste im Kreisverband der Freien Wähler Offenbach-Land. In ihrer Rede ging Yvonne Hartwig zunächst auf den überraschend im Mai verstorbenen Detlef Drömer ein, der immer noch schmerzlich vermisst wird. Vordergründiges Thema war und ist bei der UWFB in Langen die Finanzlage.

„Wir sind froh, dass der Haushalt ausgeglichen verabschiedet werden konnte, wenngleich wir dies dem glücklichen Umstand zu verdanken hatten, dass der Kreis Offenbach die bereits angekündigten Erhöhungen von Umlagen nicht eingefordert hat“, sagte Hartwig. Da sich dies wohl nicht wiederholen werde, müsse nach neuen Geldquellen gesucht werden.

Hier will die UWFB vor allem das Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“ einfordern. „Wenn das Land Hessen den Kommunen Aufgaben auferlegt, dann muss es auch dafür finanziell einstehen – so steht es in der Hessischen Gemeindeordnung und so werden wir auch handeln“, verwies die UWFB-Vorsitzende insbesondere auf die Kita-Situation. „Wir wollten ja schon im letzten Jahr eine entsprechende Rechnung schicken – unser Antrag fand ja im Parlament eine Mehrheit – doch die Verwaltung hat uns dann wissen lassen, dass wir keine Mehrkosten gehabt hätten“, so Hartwig zum Konnexitätsprinzip.

Zur politischen Ausrichtung verwies die UWFB-Vorsitzende auf die partielle Unabhängigkeit jedes einzelnen Mitgliedes und stellte heraus, dass man mit den Bürgern etwas für die Stadt erreichen wolle.

Hartwig verwies in diesem Zusammenhang auch auf die offen bekundete Unterstützung von Jan Werner als Bürgermeisterkandidat. „Wir sind der Über-

zeugung, dass er das Beste für Langen will“, sagte sie. Jan Werner erhielt dann auch gleich die Möglichkeit, sein Programm zu erläutern.

„Dass etwas mit der Kita-Situation und vor allem mit der einkommensabhängigen Beitragsregelung nicht stimmt, ist offensichtlich – da muss sich einiges ändern“, sagte er. Ferner verwies er auf den täglichen Stau auf der Bundesstraße 486. Mit Blick auf die Grundsteuer, die allein das Finanzproblem der Sterzbachstadt nicht lösen können, sagte Werner: „Hier sind strukturelle Veränderungen gefordert.“

Das Schlusswort hatte der verspätet eingetroffene UWFB-Fraktionsvorsitzende – siehe Verkehrssituation B 486 – Michael Krauss.

„Ich habe gerade vorhin im Radio von der neuen Höchstsumme gehört, die das Land Hessen im Rahmen des Länderfinanzausgleiches nach Berlin überwiesen hat. Diese 1,9 Milliarden täten den Kommunen in Hessen gut – und das werden wir auch einfordern“, sagte er.